

Kroh, Martin

Article

Die Sorgen der Bevölkerung über die Folgen der EU-Erweiterung

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Kroh, Martin (2005) : Die Sorgen der Bevölkerung über die Folgen der EU-Erweiterung, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 72, Iss. 11, pp. 193-198

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151366>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Sorgen der Bevölkerung über die Folgen der EU-Erweiterung

Martin Kroh
mkroh@diw.de

Die Europäische Union (EU) befindet sich zurzeit in ihrer bisher größten Erweiterungsphase. Nachdem im Jahre 2004 bereits zehn vor allem mittel- und osteuropäische Länder der EU beigetreten sind, werden Bulgarien und Rumänien voraussichtlich 2007 folgen. Der Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit beiden Ländern und die geplante Unterzeichnung der Beitrittsverträge am 25. April dieses Jahres werden in der Öffentlichkeit bereits von der Diskussion um den nächsten Beitrittskandidaten, die Türkei, überdeckt. Hinsichtlich der EU-Erweiterung zeichnet sich derzeit jedoch ein deutliches Vermittlungsproblem in der Bevölkerung ab: Die Zustimmung in Deutschland dazu hat in den vergangenen Jahren abgenommen; unter den Ländern der EU-15 hat Deutschland gegenwärtig mit nur noch 36 % eine der geringsten Zustimmungquoten.

Mithilfe der vom DIW Berlin zusammen mit Infratest Sozialforschung erhobenen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) kann gezeigt werden, dass die Sorgen der Bevölkerung über die Folgen der EU-Erweiterung nicht im Zusammenhang mit Befürchtungen um die eigene soziale Lage stehen: Personen in prekärer Erwerbslage und Arbeitslose sehen die Folgen der EU-Erweiterung nicht kritischer als der Rest der Bevölkerung. Von größerer Bedeutung als die befürchtete Konkurrenz um Arbeitsplätze mit Bürgern aus den Beitrittsländern scheinen oftmals pauschale Befürchtungen, die mit der EU-Erweiterung assoziiert werden: Personen, denen die allgemeine Wirtschaftslage Sorgen macht, diejenigen, die eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der EU äußern, und insbesondere jene Personen, die wegen Zuwanderungen besorgt sind, beurteilen die Folgen der EU-Erweiterung besonders kritisch. Daneben zeigen die Analysen, dass die langfristige Parteibindung und die Mediennutzung von Personen Einfluss auf deren Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung haben.

Erweiterungen der EU von 1973 bis 2007

Die Zahl der Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich erhöht: Zu den sechs Gründungsmitgliedern von 1951 (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande) kamen 1973 Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich hinzu; danach folgten Griechenland (1981) sowie Portugal und Spanien (1986). 1995 wurde die Europäische Union um Finnland, Österreich und Schweden erweitert. Alle Erweiterungswellen wurden durch Diskussionen über die positiven wie auch negativen Folgen für die jeweiligen Mitgliedstaaten begleitet. Wichtige Themen waren neben den politischen Folgen (wie der Funktionsfähigkeit europäischer Institutionen in einem erweiterten Europa oder fiskalischen Fragen der Erweiterung) soziale und wirtschaftliche Veränderungen für die bestehende Gemeinschaft. Die möglichen Folgen einer Erweiterung der EU wurden jedoch

72. Jahrgang / 16. März 2005

1. Bericht

Die Sorgen der Bevölkerung über die Folgen der EU-Erweiterung
Seite **193**

nie so kontrovers diskutiert wie im Fall der aktuellen Aufnahme von hauptsächlich mittel- und osteuropäischen Staaten.¹ In der öffentlichen Diskussion stehen insbesondere die erheblichen ökonomischen Diskrepanzen im Vordergrund: Nie zuvor war das Einkommensgefälle zwischen den alten und den neuen Mitgliedsländern so groß. Im ersten Schritt der bisher größten Erweiterungswelle traten der EU am 1. Mai 2004 zehn Länder bei: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. Im nächsten Schritt werden Bulgarien und Rumänien voraussichtlich am 1. Januar 2007 folgen.² Außerdem laufen bereits Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und Kroatien sowie der Türkei.

Die aktuelle Zustimmung zur EU-Erweiterung

Die verschiedenen Erweiterungen der Europäischen Union waren in den einzelnen Mitgliedsländern häufig umstritten. So sprach sich im Vorfeld der Norderweiterung um Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich weniger als die Hälfte aller Belgier und Italiener für den Beitritt Dänemarks aus, und noch zehn Jahre später äußerten 40 % der französischen Bevölkerung, sie würden eine Gemeinschaft ohne Großbritannien vorziehen.³ Auch wenn eine negative Haltung der Bevölkerung ge-

genüber der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten kein neues Phänomen ist, zeigen aktuelle Umfragedaten, dass die Meinung der Deutschen zur EU-Erweiterung derzeit ungewöhnlich kritisch ausfällt.

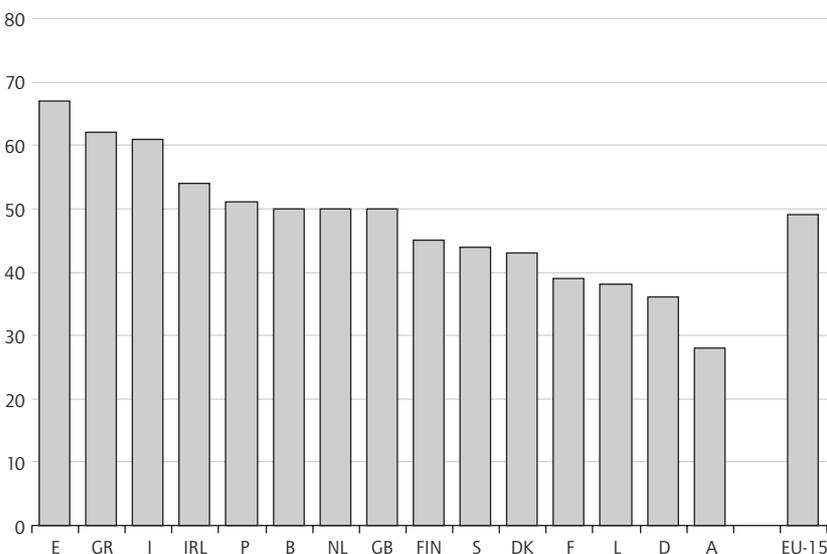
Abbildung 1 veranschaulicht die Zustimmung zur EU-Erweiterung im Herbst 2004 in den 15 EU-Staaten, die bereits vor dem 1. Mai 2004 Mitglieder der EU waren (EU-15). Die durchschnittliche Zustimmungsrates in der EU-15 lag bei 49%.⁴ In Spanien, Griechenland und Italien stand die öffentliche Meinung der EU-Erweiterung positiver gegenüber (mehr als 60% Zustimmung), als dies im Durchschnitt der EU-15 der Fall war. Die geringsten Zustimmungsrates gab es in Deutschland (36%) und Österreich (28%).

Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Deutschland zur EU-Erweiterung in den vergangenen vier Jahren. Danach hat in Deutschland die Ablehnung gegenüber der Erweiterung der EU zugenommen. Während sie von 2000 bis 2003 um 40% schwankte, lag sie im vergangenen Jahr über 50%. Besonders hoch war die Ablehnungsrate im April 2004 (60%), also unmittelbar vor Aufnahme der ersten zehn neuen Mitglieder im Rahmen der derzeitigen Erweiterungsphase. Schließlich deutet der kontinuierlich abnehmende Anteil der unentschlossenen Befragten – derzeit 10% – darauf hin, dass das Thema in der Wahrnehmung der Bevölkerung an Bedeutung gewinnt.

Abbildung 1

Zustimmung zur EU-Erweiterung in der EU-15 im Jahre 2004¹ nach Mitgliedsländern

In % der Bevölkerung



1 Stand: Oktober/November.

Quelle: Europäische Kommission: Eurobarometer Nr. 62.

DIW Berlin 2005

Die Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

In einer vom DIW Berlin und Infratest Sozialforschung durchgeführten repräsentativen Sondererhebung im Rahmen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) im Sommer 2004 wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob sie sich Sorgen im Zusammenhang mit den Folgen der EU-Erweiterung machen. Während lediglich ein Viertel in dieser

1 Fragen der europäischen Integration, zu denen es lange Zeit einen gewissen Konsens innerhalb der Mitgliedsländer gab, werden in vielen europäischen Ländern zunehmend wichtiger für parteipolitische Auseinandersetzungen. Vgl. Gary Marks und Marco R. Steenbergen (Hrsg.): *European Integration and Political Conflict*. Cambridge 2004. Die Diskussion um den EU-Beitritt der Türkei mit den divergierenden Positionen von CDU/CSU (privilegierte Partnerschaft) und der rot-grünen Bundesregierung (Vollmitgliedschaft der Türkei) ist ein Beispiel für eine solche Entwicklung.

2 Die Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien und Rumänien wurden im Juni bzw. Dezember 2004 abgeschlossen. Die entsprechenden Beitrittsverträge sollen am 25. April dieses Jahres unterzeichnet werden.

3 Vgl. die *Europeans Community Study Nr. 70* (Februar/März 1970), den Vorläufer der Eurobarometer-Studien, sowie die Eurobarometer-Studie Nr. 21 (März/April 1984).

4 Legt man der Berechnung die um die zehn neuen Mitglieder erweiterte EU-25 zugrunde, dann beträgt die durchschnittliche Zustimmung 53%. Die Zustimmungsrates zur EU-Erweiterung liegen in den neuen Mitgliedstaaten fast durchweg über denen in den Ländern der EU-15 (vgl. Eurobarometer-Studie Nr. 62 von Oktober/November 2004).

Hinsicht nicht besorgt war, gaben drei Viertel aller Befragten an, sich einige oder sogar große Sorgen zu machen. Die hohe Rate derer, die die EU-Erweiterung mit Sorge betrachten, bestätigt somit die durch die Eurobarometer-Studien gemessene hohe Ablehnungsrate der EU-Erweiterung in Deutschland (vgl. auch Abbildungen 1 und 2).

Sozioökonomische Merkmale

Obwohl in allen untersuchten Bevölkerungsgruppen eine Mehrheit Sorgen hinsichtlich der Folgen der EU-Erweiterung äußert, zeigt eine Differenzierung nach sozioökonomischen Merkmalen, dass es signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen gibt (Tabelle 1). Insbesondere Personen

Tabelle 1

Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung nach sozioökonomischen Merkmalen

In % der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Alter	
Bis 24 Jahre	60
25 bis 34 Jahre	71
35 bis 44 Jahre	75
45 bis 54 Jahre	83
55 bis 64 Jahre	79
65 Jahre und älter	80
Geschlecht	
Männer	74
Frauen	76
Schulbildung ¹	
Volks-/Hauptschule	81
Realschule	78
(Fach-)Abitur	68
Berufliche Stellung	
Arbeiter	83
Angestellte/Beamte	79
Selbständige/Freiberufler	71
Arbeitslose	75
Sonstige Erwerbslose	73
Haushaltseinkommen ²	
Niedrig ³	71
Mittel	77
Hoch	76
Keine Angaben	77
Region	
Westdeutschland	77
Ostdeutschland	70
Insgesamt	75

¹ Schüler und Personen ohne Schulabschluss nicht ausgewiesen.

² Angaben zum Nettohaushaltseinkommen nach Haushaltsgröße und -struktur bedarfsgewichtet.

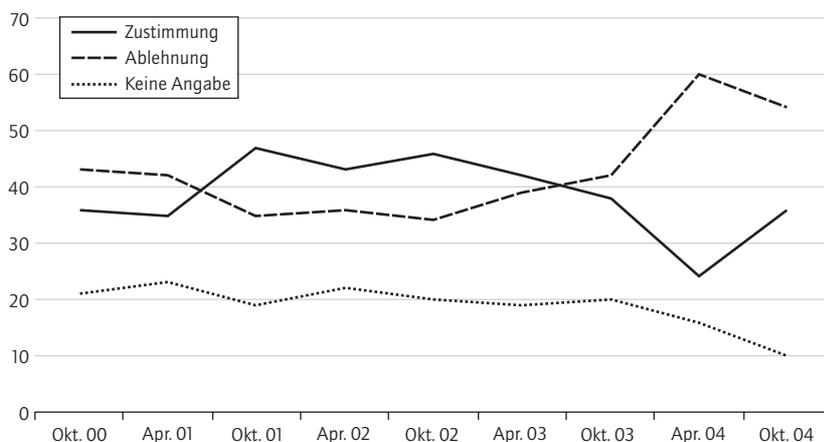
³ Unterste 33 % in der gesamtgesellschaftlichen Verteilung von bedarfsgewichteten Einkommen.

Quellen: SOEP 2004 (Pretest; Anzahl der Befragten = 772); Berechnungen des DIW Berlin.

Abbildung 2

Zustimmung zur EU-Erweiterung in Deutschland 2000 bis 2004

In % der Bevölkerung



Quelle: Europäische Kommission: Eurobarometer Nr. 55 bis 62.

DIW Berlin 2005

im Alter von 45 bis 54 Jahren sehen die EU-Erweiterung kritisch: 83 % der Personen in dieser Altersgruppe machen sich im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung Sorgen; Personen unter 25 Jahren dagegen sind weit weniger besorgt (60 %). Geschlechtsspezifische Unterschiede sind nicht festzustellen. Hingegen ist ein deutlicher Einfluss der Bildung zu erkennen: Je höher der erreichte Schulabschluss der Befragten, desto geringer ist der Anteil derjenigen, die sich im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung sorgen. Personen mit Hauptschulabschluss äußern zu 81 % Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung, diejenigen mit Realschulabschluss zu 78 % und schließlich jene mit (Fach-)Abitur zu 68 %. Auch die berufliche Stellung spielt eine Rolle: Der Anteil derjenigen, die die EU-Erweiterung kritisch betrachten, ist bei Arbeitern vergleichsweise hoch (83 %), bei Selbständigen hingegen relativ niedrig (71 %). Eine Unterteilung der Bevölkerung in drei gleich große Gruppen nach der Höhe des verfügbaren Haushaltseinkommens zeigt, dass die Sorgen im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung bei jenen Personen am geringsten sind (71 %), die über das niedrigste Einkommen verfügen (unteres Drittel der Einkommensverteilung). Schließlich sind Ostdeutsche (70 %) weniger um die EU-Erweiterung besorgt als Westdeutsche (77 %).

Parteibindung und Mediennutzung

Auch die langfristige Parteibindung und die Mediennutzung sind bei der Beurteilung der Folgen der EU-Erweiterung von Bedeutung (Tabelle 2). Insbesondere die Anhänger der CDU/CSU und der PDS sehen dies kritisch (jeweils 82 %); dagegen

Tabelle 2

Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung nach Parteibindung und Mediennutzung

In % der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Parteibindung ¹	
CDU/CSU	82
SPD	75
FDP	76
Bündnis 90/Die Grünen	55
PDS	82
Keine Parteibindung ²	75
Nutzung von Tageszeitungen ³	
Boulevardzeitung	84
Regionale Zeitung	78
Überregionale Zeitung	63
Nutzung von Nachrichtensendungen	
Öffentlich-rechtliches Fernsehen	76
Privates Fernsehen	75
Insgesamt	75

1 Zur Messung von Parteibindungen wurde folgende Formulierung im Fragebogen verwendet: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist es bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“

2 Personen mit sonstigen Parteibindungen werden nicht ausgewiesen.

3 Zur Messung der politischen Mediennutzung wurden folgende Fragen gestellt: „Lesen Sie Berichte über das politische Geschehen in Deutschland in einer der folgenden Gruppen von Tageszeitungen?“ sowie „Sehen Sie sich Berichte über das politische Geschehen in Deutschland in einer der folgenden Nachrichtensendungen an?“

Quellen: SOEP 2004 (Pretest; Anzahl der Befragten = 772); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

machen sich Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen deutlich weniger Sorgen (55 %). Personen, die Berichte über das politische Geschehen in Deutschland in überregionalen Tageszeitungen lesen, sorgen sich nur zu 63 %, während Leser von Boulevardzeitungen zu 84 % Besorgnis über die Folgen der EU-Erweiterung äußern.⁵ Im Gegensatz dazu gibt es keine Unterschiede zwischen Zuschauern von Nachrichtensendungen bei den öffentlich-rechtlichen Sendern und Personen, die Nachrichtensendungen bei privaten Fernsehsendern nutzen.

Soziale und wirtschaftliche Folgen der EU-Erweiterung

Betrachtet man die Auseinandersetzungen über die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der aktuellen EU-Erweiterung,⁶ dann stehen zwei Punkte im Vordergrund: erstens, inwieweit die deutsche Wirtschaft und der deutsche Arbeitsmarkt von der Erweiterung profitieren können, und, zweitens, wie hoch die Zuwanderung aus Mittel- und Osteuropa nach Deutschland ausfällt.⁷ Die entsprechende

Wahrnehmung in der Bevölkerung muss nicht zwangsläufig die gleiche sein wie in der informierten öffentlichen Diskussion. Vielmehr ist denkbar, dass Befragte bestimmte Folgen der EU-Erweiterung kritischer betrachten, andere hingegen diese als weniger problematisch ansehen.

EU-Erweiterung in der öffentlichen Diskussion

Unter den meisten Experten ist es unumstritten, dass die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Länder in die EU zu positiven Impulsen für Deutschland – und auch für die anderen alten Mitgliedstaaten der EU – führen wird.⁸ Für die exportorientierte deutsche Wirtschaft haben diese Länder eine immer größer werdende Bedeutung. Bedingt durch die geographische Nähe zu den neuen Mitgliedsländern Mittel- und Osteuropas könnte insbesondere die ostdeutsche Wirtschaft von der EU-Erweiterung profitieren.⁹ Als Problem wird jedoch gesehen, dass die im Vergleich zu Deutschland geringeren Lohnkosten in den Beitrittsländern zu Produktionsverlagerungen führen können. Die Folge wäre unter Umständen die Auslagerung von Arbeitsplätzen, vor allem aus arbeitsintensiven Branchen, oder sogar eine Absenkung des deutschen Lohnniveaus. Analysen für Deutschland zeigen, dass von den Produktionsverlagerungen überwiegend geringer qualifizierte Arbeitskräfte betroffen wären. In der Summe der ökonomischen Folgen der EU-Erweiterung kann man jedoch von einem positiven Nettoeffekt für Deutschland ausgehen.¹⁰

5 Diese Befunde bestätigen sich auch, wenn für weitere Merkmale der Befragten in einem multivariaten Modell kontrolliert wird. Wird für Alter, Geschlecht, Bildung, berufliche Stellung, zur Verfügung stehendes Haushaltseinkommen, Stichprobenregion, Parteibindung und persönlichkeitsbedingte Neigung zu Sorgen (Neurotizismus) kontrolliert, besteht bei Lesern von Boulevardzeitungen eine um 9 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, sich über die Folgen der EU-Erweiterung zu sorgen, als bei Personen, die keine Boulevardzeitungen lesen. Bei Lesern von überregionalen Tageszeitungen besteht eine um 12 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit, Sorgen zu äußern, als bei Personen, die keine überregionalen Zeitungen lesen.

6 Der Beitrag konzentriert sich auf die Diskussion sozialer und wirtschaftlicher Folgen der EU-Erweiterung in der Öffentlichkeit bzw. deren Wahrnehmung in der Bevölkerung. Politische Folgen, wie die Konsequenzen der EU-Erweiterung für die Handlungsfähigkeit der EU-Institutionen oder fiskalische Fragen der Erweiterung, werden nicht betrachtet. Zu Analysen der Finanzierung der EU-Erweiterung vgl. z. B. Christian Weise: Wohlstandsgefälle in der EU-27 und Konsequenzen für die EU-Strukturpolitik. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 36/2001, S. 562–566; Christian Weise: EU-Osterweiterung finanzierbar – Reformdruck wächst: Szenarien für den EU-Haushalt 2007 und 2013. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 36/2001, S. 553–561.

7 Beide Punkte stehen in einem engen Verhältnis zueinander, da die ökonomische Lage in Deutschland Einfluss auf Wanderungsbewegungen hat und umgekehrt das Ausmaß der Migration für die Lage der deutschen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes von Bedeutung ist.

8 Vgl. Tito Boeri und Herbert Brücker: The Impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU Member States. Report for the DG Employment and Social Affairs, Europäische Kommission. Brüssel 2001.

9 Vgl. Ulla Kunze und Dieter Schumacher: Position Ostdeutschlands beim Export nach Polen und Tschechien ausbaufähig. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 33/2003.

10 Vgl. Tilman Brück, Herbert Brücker, Hella Engerer, Christian von Hirschhausen, Mechthild Schrooten, Dieter Schumacher, Ulrich Thießen und Harald Trabold: EU-Osterweiterung: Klare Herausforderungen, unberechtigte Ängste. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 17/2004.

In der öffentlichen Diskussion um die Folgen der EU-Erweiterung wird oft die Vermutung geäußert, die Aufnahme mittel- und osteuropäischer Staaten führe zu starken Wanderungsbewegungen in die Länder der EU-15, insbesondere nach Deutschland. Diese Vermutung stützt sich auf das deutliche Einkommens- und Wohlfahrtsgefälle zwischen den „alten“ und „neuen“ EU-Mitgliedern sowie auf die relativ hohe Arbeitslosigkeit in Mittel- und Osteuropa.¹¹ Obwohl Analysen zeigen, dass diese Befürchtungen unbegründet sind und Deutschland darüber hinaus von der Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten profitieren kann,¹² hat Deutschland – wahrscheinlich als Reaktion auf die Befürchtungen in der Bevölkerung – die Einführung der Freizügigkeit von Arbeitnehmern und anderen Personen aus den Beitrittsländern vorerst um zwei Jahre verschoben.

EU-Erweiterung in der Wahrnehmung der Bevölkerung

Tabelle 3 gibt Auskunft darüber, inwieweit die Sorgen der Deutschen über die Folgen der EU-Erweiterung auf wirtschaftliche Motive zurückzuführen sind und in welchem Umfang sie im Zusammenhang mit

Tabelle 3

Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung und deren Motive¹

Differenz in Prozentpunkten²

Wirtschaft ³	
Sorgen um die allgemeine Wirtschaftslage	+16
Sorgen um die eigene Wirtschaftslage	+7
Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes	0
Migration ³	
Sorgen wegen Zuwanderungen	+53
EU-Skepsis ⁴	
Kein Vertrauen in die EU	+21

1 Bei den Angaben handelt es sich um marginale Effekte, die in einer binären Probit-Regression bestimmt wurden. Neben den in Tabelle 3 aufgeführten Variablen wurde kontrolliert für: Befragungsregion, Geschlecht, Bildung, Einkommen, berufliche Stellung, Parteibindung, Mediennutzung und persönlichkeitsbedingte Neigung der Befragten zu Sorgen (Neurotizismus).

2 Lesebeispiel: Personen, die kein Vertrauen in die EU besitzen, haben eine um 21 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, Sorgen im Zusammenhang mit den Folgen der EU-Erweiterung zu äußern, als solche Befragte, die Vertrauen in die EU haben.

3 Personen, die einige oder große Sorgen über die Wirtschaftslage oder die Zuwanderung äußern, werden Personen gegenübergestellt, die sich keine Sorgen um die Wirtschaftslage bzw. die Zuwanderung machen.

4 Zur Messung der generellen EU-Skepsis wurden Befragte gebeten anzugeben, wie viel Vertrauen sie zur Europäischen Union haben. Als EU-Skeptiker wurden Befragte klassifiziert, die wenig oder überhaupt kein Vertrauen zur EU haben.

Quellen: SOEP 2004 (Pretest; Anzahl der Befragten = 772); Berechnungen des DIW Berlin.

Sorgen um die Zuwanderung stehen. Eine weitere plausible Erklärung für eine negative Bewertung der EU-Erweiterung ist eine generell skeptische Haltung gegenüber der EU und ihren Institutionen.

Es zeigt sich, dass die Sorgen in der Bevölkerung im Zusammenhang mit den Folgen der EU-Erweiterung zum Teil auf wirtschaftlichen Erwägungen beruhen. Allerdings spielt dabei die allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland eine weitaus wichtigere Rolle als die eigene wirtschaftliche Lage der Befragten oder die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze: Bei Personen, die sich um die wirtschaftliche Lage Deutschlands sorgen, ist die Wahrscheinlichkeit um 16 Prozentpunkte höher, dass sie sich auch um die Folgen der EU-Erweiterung Sorgen machen, als bei Personen, die keine Sorgen im Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage äußern. Hingegen besteht kaum ein Unterschied hinsichtlich der Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung zwischen Personen, die die eigene wirtschaftliche Lage (Differenz: 7 Prozentpunkte) oder die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes (keine Differenz) mit Sorge betrachten, und Befragten, auf die dies nicht zutrifft. Auch die Erwartung, dass Personen, die der EU grundsätzlich skeptisch gegenüberstehen, die Erweiterung kritischer beurteilen als generelle EU-Befürworter (Differenz: 21 Prozentpunkte), kann bestätigt werden.

Wichtiger als wirtschaftliche Erwägungen und EU-Skepsis scheinen Befürchtungen hinsichtlich der Zuwanderung zu sein. Während Personen, die sich keine Sorgen um Zuwanderungen machen, auch seltener Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung äußern (36%), ist dies bei Personen, die Zuwanderung mit Besorgnis sehen, ganz anders: Für 89% von ihnen geben die Folgen der EU-Erweiterung Anlass zur Sorge – eine Differenz von immerhin 53 Prozentpunkten.

Fazit

In der öffentlichen Diskussion wird gelegentlich die Meinung geäußert, die derzeitige Erweiterungs-

11 Ähnliche Befürchtungen wurden auch bei der Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft in den 80er Jahren geäußert. Bei der Aufnahme Griechenlands, Portugals und Spaniens bestand ebenfalls ein deutliches Einkommensgefälle zwischen Alt- und Neumitgliedern. Entgegen den Erwartungen hat die damalige Erweiterung der Gemeinschaft aber nicht zu einer vermehrten Zuwanderung nach Deutschland geführt. Stattdessen ist seither eine Nettorückwanderung zwischen Deutschland und Portugal sowie Spanien zu beobachten.

12 Schätzungen zufolge wird die Zahl der in Deutschland lebenden Personen aus den im Jahre 2004 beigetretenen zehn Ländern in etwa 20 Jahren nach Einführung der Freizügigkeit von derzeit 600 000 Personen auf 2 bis 2,8 Mill. Personen steigen. Vgl. Herbert Brücker: EU-Osterweiterung: Effekte der Migration. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 17/2004; außerdem Herbert Brücker, Parvati Trübsetzer und Christian Weise: EU-Osterweiterung: Keine massive Zuwanderung zu erwarten. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 21/2000.

phase der EU habe negative soziale und wirtschaftliche Folgen für die bestehende Gemeinschaft. Obwohl wissenschaftliche Analysen zu gegenteiligen Ergebnissen kommen und für Deutschland überwiegend positive Folgen durch die EU-Erweiterung prognostiziert werden, scheint in der Bevölkerung diesbezüglich Skepsis vorzuherrschen: Die Zustimmung der Deutschen zur EU-Erweiterung ist derzeit besonders gering; Deutschland befindet sich hier innerhalb der EU-15 am unteren Ende.

Die Analysen sprechen gegen die Vermutung, dass die EU-Erweiterung vor allem jenen Personen Sorgen macht, deren Arbeitsplätze am stärksten von möglichen Produktionsverlagerungen tangiert sind: Arbeitslose und Personen, die die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes gefährdet sehen, betrachten die Folgen der EU-Erweiterung nicht skeptischer als andere Befragte. Darüber hinaus ist die Sorge um die EU-Erweiterung besonders gering bei jungen Personen (unter 25-Jährige), bei Befragten aus Ostdeutschland und bei Personen mit geringem Einkommen. Personen, die unter Umständen mit neuen EU-Bürgern um Arbeitsplätze konkurrieren müssen, scheinen also *nicht* diejenigen zu sein, die die EU-Erweiterung als problematisch ansehen. Vielmehr sind es Befragte in wirtschaftlich eher gesicherten Positionen, also erwerbstätige Arbeiter, Personen mit mittlerem Einkommen, Personen in mittlerem Alter sowie Befragte aus Westdeutschland, die am häufigsten Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung äußern.

Eine pessimistische Haltung gegenüber den Folgen der EU-Erweiterung wird weniger von der individuellen ökonomischen Betroffenheit als vielmehr von Befürchtungen bezüglich der generellen Folgen für die deutsche Wirtschaft geprägt. Neben wirtschaftlichen Erwägungen bestimmt auch eine generell kritische Einstellung gegenüber der EU die Sorgen über die Folgen der EU-Erweiterung. Der mit Abstand wichtigste Faktor für solche Befürchtungen sind jedoch Sorgen im Zusammenhang mit Zuwanderungen.

Das Thema Migration scheint in Deutschland oft negativ besetzt. Um die Zustimmung der Deutschen zu den Erweiterungen der EU nachhaltig zu erhöhen, sollten Bemühungen darauf zielen, den Wert der Freizügigkeit von Personen als zentralen Bestandteil der europäischen Integration herauszustellen sowie deutlich zu machen, dass Migration einen Gewinn und keine Bedrohung darstellt. Eine sachliche Darstellung von Migration ist natürlich nicht nur im Hinblick auf die Zustimmung der Bevölkerung zu den EU-Erweiterungen erforderlich, sondern sollte auch eine grundsätzliche Aufgabe von Parteien und Medien sein. Die derzeitigen Debatten um die EU-Erweiterung und die Integration von Migranten in Deutschland zeigen, dass dies nicht immer der Fall ist. Die Verantwortung von Politik und Medien wird von den Analysen empirisch bestätigt: Es gibt durchaus einen Zusammenhang zwischen Parteibindung und Mediennutzung auf der einen und Meinungen in der Bevölkerung auf der anderen Seite.



Hinweis auf eine Veranstaltung

berlin lunchtime meetings

berlin lunchtime meetings

CEPR London, DIW Berlin and IZA Bonn

The Berlin Lunchtime Meetings are a joint series of monthly expert talks hosted by the Centre of Economic Policy Research (CEPR), the German Institute for Economic Research (DIW Berlin) and the Institute for the Study of Labour (IZA). The objective in holding these discussion meetings is to disseminate to a wide audience, in a non-technical fashion, the best policy-relevant research produced by the joint research networks of CEPR, DIW Berlin and IZA. The seminars serve as a platform for leading European and international researchers to address important policy issues, and as a forum for debate and discussion among researchers, policy makers and the private sector.

We choose the topics discussed by their policy relevance at the time of the meeting. However, the principal topics originate from the following fields of research

- ◆ Labour market reform
- ◆ Comparative analysis of pension provision and reform across Europe
- ◆ Private sector financing of public services
- ◆ Economic growth and fiscal stability
- ◆ The future of the European Union (European convention and enlargement)

30 March 2005, 12.00 – 14.00 h

Reinventing the Public Employment Service: The Changing Role of Employment Assistance in Great Britain and Germany

Prof. Daniel Finn,
University of Portsmouth

dbb forum berlin
Friedrichstr. 169/170
10117 Berlin

For further information please contact

Ralf Messer
DIW Berlin
Stabsabteilung Information und Organisation
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin
Tel. +49 - 30 - 897 89-569
E-Mail: lunchtime@diw.de



The Berlin Lunchtime Meetings
are supported by the Anglo German
Foundation

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Dr. habil. Björn Frank
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 - 30 - 897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88 *dtms/12 Cent/min.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

Wissenschaftlicher Text-Dienst (WTD), Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Abteilung Information und Organisation zulässig.